

Kleine Anfrage

**der Abgeordneten Dr. Siemer, Burgemeister,
Riedel (Frankfurt) und Genossen**

betr. Fleischbeschaugesetz

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um die Beschaugebühren für Massenschlachtungen außerhalb öffentlicher Schlachthäuser der seit dem Erlass der Fleischschau-Kostenverordnung vom 21. März 1941 eingetretenen Entwicklung anzupassen, d. h. ermäßigte Gebühren einzuführen, soweit eine Vielzahl von Beschaufällen außerhalb der öffentlichen Schlachthäuser zur gleichen Zeit am gleichen Ort erledigt werden kann?
2. Ist die Bundesregierung bereit, die Angleichung der Beschaugebühren für Beschaufälle außerhalb der öffentlichen Schlachthäuser durch ein Gesetz vorzunehmen?

Bonn, den 13. November 1964

**Dr. Siemer
Burgemeister
Riedel (Frankfurt)
Bauer (Wasserburg)
Dr. Becker (Mönchengladbach)
Falke
Missbach
Dr. Pflaumbaum
Porten
Schulhoff
Dr. Schwörer
Dr. Sinn
Stiller
Wieninger
Wittmer-Eigenbrodt**